



## IN BEWEGUNG

### Straßentheater warnt vor Antibiotika-Resistenzen

Hamm. Die Straßentheatergruppe Schluck & weg hat am Montag in Hamm mit einer skurrilen Komödie eine Tournee zum Thema »Antibiotika-Resistenzen« begonnen, darüber informierte die Gruppe in einer Pressemitteilung. »In Deutschland sind resistente Krankenhauskeime ein gravierendes Problem, im südlichen Afrika wird die Behandlung von Tuberkulose immer schwieriger«, heißt es in der Erklärung. Als Ursache sehen die Aktivistinnen den »Übergebrauch von Antibiotika«. Die Schauspieltruppe wird bis zum 24. September insgesamt 12 Städte besuchen. Die Aktion findet im Rahmen der BU-KO Pharma-Kampagne statt. *nd*

### NoLegida hört auf

Leipzig. Die Initiative NoLegida hat sich aufgelöst, dies teilte die Gruppe am Montag selbst auf der eigenen Facebook-Seite mit. »Legida ist so gut wie über den Jordan gegangen«, heißt es in eben jener Erklärung, in der auch die Einstellung der Facebook-Seite angekündigt wird. Die Betreiber sehen offenbar keine Notwendigkeit mehr für ihre Plattform, die seit Januar 2015 den Leipziger Protest gegen das rechts-populistische Bündnis Legida bündelte. Engagement gegen Rechte müsse aber an anderer Stelle weitergeführt werden, so appellieren die Vertreter von NoLegida. *nd*



### Lexikon der Bewegungssprache

Weitere Beiträge aus dieser Serie unter [dasND.de/apo](http://dasND.de/apo)

Wer versucht herauszufinden, was es mit Queerfeminismus auf sich hat, stößt auf Erklärungen in einer Sprache, die so lebendig ist wie Latein, aber nicht so logisch. Bedeutungsschwangere Unterstriche und Wortwürste sind dabei ebenso zu verkraften wie Neologismen und grammatikalische Unausprechlichkeiten. Als wäre nicht der Sachverhalt schon kompliziert genug! Denn Judith Butler sagte einst, nicht nur das soziale Geschlecht (gender) sei konstruiert, sondern auch das biologische Geschlecht (sex). Tatsächlich lassen sich mit Alice Schwarzers »kleinem Unterschied« unsichtbare Geschlechtsmerkmale, sexuelle Vorlieben, Identitäten, Zuschreibungen, Machtverhältnisse und individuelle Zurichtungen nicht hinreichend erklären. Wer den klassischen Geschlechternormen von Frau oder Mann nicht entspricht, wer ein Handicap hat oder durch seine Hautfarbe auffällt, wer Haare hat, wo andere keine haben, wer anders liebt oder sich anders kleidet, gilt heute noch schnell als »sonderbar« – und nicht nur auf dem Schulhof schlicht als »schwul«. Die Übersetzung für beides ist »queer«. Queerfeminismus ist Feminismus für alle, auch für Queers. *rst*

# Kreuzfeuer für den Abtreibungsparagrafen

Beim »Marsch für das Leben« verteufeln Christen Schwangerschaftsabbrüche/ Feministinnen stellen sich quer

Am Wochenende werden Tausende Abtreibungsgegner mit christlich fundamentalem Weltbild wieder für ein strenges Verbot von Abtreibungen auf die Straße gehen. Frauenrechtlerinnen sind alarmiert.

Von Kerstin Ewald

Abtreibung wird von Lebensschützern oft als »Massenmord«, bisweilen als »neuer Holocaust« oder auch als »Babycaust« bezeichnet. Pränataldiagnostik und Sterbehilfe gelten ihnen als »Euthanasie«. Mit ihrer radikalen Rhetorik stellen sie den vor über 20 Jahren eingeführten Abtreibungskompromiss – die Fristenregelung samt obligatorischer Schwangerenkonfliktberatung – in Frage.

Demonstrationen gegen Abtreibung finden in vielen deutschen Städten statt. Als jährlicher Höhepunkt der »Lebensschutz«-Bewegung gilt jedoch der Berliner »Marsch für das Leben«, der am Samstag vom Kanzleramt aus starten wird. Die Besucherzahlen dieser politischen Prozession sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. 2015 hat die Berliner Polizei 5000 Teilnehmende gezählt. In wenigen Tagen werden Busse aus 36 Städten anrollen, der Veranstalter hofft auf weitere Zuwachszahlen.

»Jeder Mensch, ob geboren oder ungeboren, hat das Recht auf Leben und Achtung seiner Würde«, heißt es in einer 2015 vom Bundesverband Lebensrecht (BVL) veröffentlichten »Berliner Erklärung«. Mit ihr wirbt der Verband für die Demonstration am Samstag. Mitglied im BVL ist auch die CDL (Christdemokraten für das Leben), eine Gruppierung innerhalb der Partei CDU/CSU. Prominente christdemokratische Politiker wie Annette Schavan oder Karl-Theodor zu Guttenberg haben sich in der Vergangenheit durch Grußbotschaften mit den Zielen der »Lebensschützer« solidarisiert. Doch unter den Parteien beherbergt nicht nur die CDU/CSU radikale Abtreibungsgegner. Auch in der Partei AfD wurde bereits bei Gründung der Gedanke des »Lebensschützers« mit den Worten »Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene« fest verankert.

Das Erstarken der rechten Partei und ihre Wahlerfolge bereiten Feministinnen seit einiger Zeit Kopfzerbrechen. »Die parlamentarische Forderung, den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen einzuschränken, bekommt durch die AfD Auftrieb in den Parlamenten«, erklärt Silke Stöckle, Sprecherin des Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung. Gegen die Berliner »Märsche für das Leben« geht das Bündnis seit 2012 vor. Es ist eine gemeinsame Initiative von Berliner Vereinen, die Beratung für schwangere Frauen und Lesben anbieten und von den Parteien SPD, LINKE und Grüne. Auch die Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten der einzelnen Berliner Bezirke unterstützen das Bündnis.

Allerdings sind die AfD und die »Lebensschützer« keinesfalls als identisch zu betrachten. Es habe zwar »zahlreiche offene Sympathiebekundungen aus der »Lebensschutz«-Bewegung für die AfD gegeben, schrieb hierzu Eike Sanders vom antifaschistischen Pressearchiv apabiz im Juli, diese gehe jedoch bisher von Einzelpersonen aus. Eine organisatorische Annäherung sei nicht zu erkennen. »Derzeit muss die Frage, ob sich die »Lebensschutz«-Bewegung mit der AfD verbündet – trotz aller ideologischen Übereinstimmungen und realer Schnittmengen – mit Nein beantwortet werden«, so Sanders.

In ihrem Kern müssen die sogenannten »Lebensschützer« weiterhin als Teil einer evangelikalen Strömung eingeordnet werden. Der BLV, der zu den jährlichen Märschen in Berlin aufruft, wurde 2001 gegründet, seine Protagonisten vertreten eine christlich fundamentale Lebensanschauung. Aber auch katholische Bischöfe aus dem gesamten Bundesgebiet spenden dem politischen Feldzug der »Lebensschützer« wohlwollenden Segen. Einer von ihnen, der Regensburger Bischof Voderholzer, brüstet sich damit, bereits selbst in Berlin mitmarschiert zu sein und ruft seine Schäfchen auf, ihn 2016 zu begleiten. 2014 ehrte sogar Papst Franziskus den »Marsch fürs Leben« mit seiner apostolischen Grußbotschaft. Die evangelischen Landeskirchen hingegen sind gespalten. Während einige evangelische Bischöfe bereits ihr Einverständnis mit den Zielen der »Lebensschützer« ausdrückten, hat sich die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz durch ihren Sprecher Christoph Heil von den Zielen der radikalen Abtreibungsgegner distanziert.

Ines Scheibe leitet für den Humanistischen Verband Deutschland die Beratungsstelle für Schwangere in Prenzlauer Berg. Seit 1995 bietet sie unter anderem die »Schwangerenkonfliktberatung nach Paragraf 219« an. Diese Konsultation ist für Frauen, die eine Abtreibung in Erwägung ziehen, hierzulande obligatorisch. Scheibe, die als junge Frau noch die liberale Abtreibungsregelung in der DDR miterlebt hat, engagiert sich in ihrer Freizeit im Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung. Ihren Klientinnen, die ungewollt schwanger geworden sind, merkt Scheibe heute eine große Verunsicherung an: »Während in den 90er Jahren die Frauen, die zu mir kamen, sich ihrer Entscheidung für eine Abtreibung sehr sicher waren, kommen heute viele mit ängstlichen Fragen.« Hier fehle die gesellschaftliche Debatte mit dem Ziel, Frauen in ihrer Wahlfreiheit zu unterstützen, so Scheibe: »Die Frauen, die jetzt ins gebärfähige Alter kommen, wissen kaum etwas um die Kämpfe der Mütter und Großmütter.«

Erschwerend für Frauen, die ihre Schwangerschaft abbrechen wollen, käme heute hinzu, dass es in vielen



Kreuzzug gegen Abtreibungen in Berlin Mitte

Foto: imago/ Christian Mang

## Gegen den »Marsch fürs Leben«

**Infoveranstaltung zur »Bibliothek des Konservativismus« vom TroudeEverydayCollective, 14.9., 19 Uhr, Büro der Naturfreundejugend, Berlin, Weichselstr. 13**

**Mahnwache des Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung vor der »Bibliothek des Konservativismus«** Im Gebäude findet eine Veranstaltung mit Hedwig von Beverfoerde zu konservativen Werten statt. 16.9., 18 Uhr, Berlin, Fasanenstr. 4

**Infoveranstaltung zum »Marsch fürs Leben« in Neuruppin, 14.9., 18 Uhr, JWP MittenDrin, Bahnhofstr. 10a**

**Mobilisierungsveranstaltung zur antifaschistischen-queerfeministischen Demo – What the fuck** 14.9., 20 Uhr, Berlin, Kaderschmiede, Rigaerstr. 94

**Demonstration des Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung in Berlin, 17.9., 13.30 Uhr Auftakt am Brandenburger Tor, 14.15 Uhr: Demobeginn: Wilhelmstr./Französische Str.**

**Antifaschistische-queerfeministische Demonstration – What-the-Fuck, 17.9., 12 Uhr, Berlin, Anhalter Bahnhof (Infos zu den Blockaden Vorort)**

## Sich sicher fühlen im Neoliberalismus

Die Politologin Anna Kern stellt im punkto Sicherheitspolitik und Repression linke Gemeinplätze in Frage

Die Politologin Anna Kern forscht zum Wandel von staatlichen Sicherheitspolitiken. Sie hinterfragt die These, dass der Staat immer repressiver werde.

Von Peter Nowak

In den letzten Wochen präsentierten Unionspolitiker Vorschläge zum weiteren Abbau der Demokratie und ein Ritual begann: Die SPD erklärte zunächst, so etwas sei mit ihr nicht zu machen, um wenige Tage später zu beteuern, sich realistischen Vorschlägen in der Sicherheitspolitik nicht verschließen zu wollen.

Auch die Grünen machen in Berlin Wahlkampf mit dem Thema Innere Sicherheit, fordern mehr Polizei auf den Straßen, lehnen Videokameras und den finalen Rettungsschuss nicht mehr generell ab.

Die Politologin Anna Kern, die in Marburg zum Wandel der Sicher-

heitsregime forscht, hat kürzlich im Dampfboot-Verlag unter dem Titel »Produktion von (Un-) Sicherheit – urbane Sicherheitsregime im Neoliberalismus« ein Buch herausgegeben, das solche regelmäßig wiederkehrenden Diskussionen um die Sicherheit in einen größeren gesellschaftlichen Kontext stellt.

Im ersten Kapitel stellt die Autorin verschiedene wissenschaftliche Ansätze zur Sicherheitspolitik kritisch vor. So verwirft sie Erklärungsmuster, die von einem quasi naturgegebenen Sicherheitsbedürfnis bei allen Menschen ausgehen und eine Quelle von Unsicherheit in einer mangelnden staatlichen Ordnung ausmachen wollen. Kern hingegen sieht in der kapitalistischen Produktionsweise einen ständigen Quell von Unsicherheit. Angelehnt an das Marx'sche Theorem vom Fetischcharakter der Ware spricht sie von einem Sicherheitsfetisch. »Demnach bezieht sich der Staat auf

soziale Ängste, um nationale Politiken zu legitimieren, während die Sicherheitsdienste deren profitorientierte Kommodifizierung zum Ziel haben«, schreibt Kern über die Entwicklung, Sicherheit zur Ware zu machen.

**Kern hinterfragt die Vorstellung, nach der ein repressiver Staat große Teile der Bevölkerung unterdrücke**

Die Autorin unterzieht auch manche vermeintlichen linken Gewissheiten zum Thema Sicherheitspolitik einer fundierten Kritik. So hinterfragt sie die These, dass der Staat immer repressiver werde, ebenso wie die sche-

matische Vorstellung, nach der ein repressiver Staat große Teile der Bevölkerung unterdrücke. Die Politologin stellt hingegen die These auf, dass relevante Teile der Bevölkerung in den Sicherheitsdiskurs einbezogen werden.

Als Beispiel führt sie eine im letzten Jahrzehnt entstandene Kooperation zwischen Nichtregierungsorganisationen und Staatsapparaten bei der Bekämpfung von häuslicher Gewalt und bei der Drogenprävention in Frankfurt/Main an. Diese Kooperation zwischen der Polizei und zivilgesellschaftlichen Gruppen hat dazu geführt, dass auch in der Sozialarbeit »Repression nun als notwendiger Teil der Arbeit erachtet wird und vormalige Skepsis und Abneigung durch Wertschätzung gegenüber den Partner/innen und deren Arbeit ersetzt wurde«. Allerdings konstatiert Kern auch, dass nach umstrittenen Polizeieinsätzen wie der stundenlangen Ein-

Regionen Deutschlands zu wenig Ärzte und Ärztinnen gäbe, die diesen Eingriff anbieten. Ältere Gynäkologinnen und Gynäkologinnen, die Abtreibung als normale ärztliche Leistung betrachten – darunter auch diejenigen, die noch in der DDR ausgebildet worden waren – gehen nun langsam in den Ruhestand, so Scheibe. Auch die westdeutschen Ärzte und Ärztinnen der 68er-Generation, die überzeugt waren, Schwangeren durch einen möglichen Abbruch zu helfen, seien schon in Rente. Ihre jüngeren Kollegen aber ließen sich leicht von radikalen Abtreibungsgegnern verunsichern.

Überall in Deutschland werden Abtreibungskliniken, die ihr Angebot für den Eingriff auf ihrer Homepage benennen, mit Anzeigen von Abtreibungsgegnern überzogen. Oft müssen sie sich vor Gericht verantworten, weil sie angeblich gegen das Werbeverbot, festgeschrieben im Paragraf 219 des Strafgesetzbuches, verstoßen hätten. Der Stuttgarter Arzt Andreas Stapf wurde mit einer Lebensschutz-Kampagne regelrecht aus der Stadt vertrieben. Damit brüsten sich »Lebensschützer« auf der Webseite »babycaust.de«, die sich der US-amerikanischen Pro-Life-Bewegung zuordnen lässt. Inzwischen hat er für seine Klinik neue Räume in München gefunden, doch seine Gegner hetzen im Netz weiter gegen ihn und seinen neuen Vermieter. Der Fall von Stapf ist einer der spektakulärsten, ähnliche Anfeindungen erleben aber viele Mitarbeiter von Abtreibungskliniken.

Gegen Einschüchterungsversuche von Frauen, Ärzten und Versuchern wollen Aktivistinnen wie Scheibe eine bundesweite »Pro-Choice-Bewegung« (»Bewegung für die freie Wahl«) ins Leben rufen. Dabei möchten sie auch das medizinische Personal mit einbeziehen: »Wir wollen das Thema Abtreibung und die Forderung »Weg mit dem Paragrafen 218!« wieder ins Zentrum einer gesellschaftlichen Debatte rücken. Denn wenn es eine Veränderung des Status quo in dem Bereich geben soll, dann doch eine, die die Rechte der Frauen stärkt!«, beschreibt Scheibe ihre Vision.

Zur Zeit wirbeln die Kritiker und Kritikerinnen der »Lebensschutzbewegung« mit zahlreichen Aktionen. Die Veranstaltungswoche mündet in zwei Gegendemos gegen den christlichen Marsch (siehe Kasten).

Das Bündnis »What the fuck«, mit antifaschistischem und queerfeministischem Schwerpunkt, setzt sich ebenfalls für die »Rechte von körperlicher Selbstbestimmung« ein. Beide feministischen Bündnisse ähneln sich in ihren Zielen, beide fordern, den Paragrafen 218 endlich aus dem Strafgesetzbuch zu verbannen. Allerdings genügt den Rebellinnen von »What the fuck« schlichtes Demonstrieren gegen die Abtreibungsgegner nicht: Auch für Samstag planen sie wieder handfeste Blockaden.

kesselung der Blockupy-Demonstranten in Frankfurt/Main 2014 schnell eine kritische Öffentlichkeit entsteht, welche die Legitimität des Polizeihandelns in Frage stellt. Dadurch könne auch das Agieren der Polizei verändert werden. Auch bei den linken Kritikern konnte Kern keine langfristigen Projekte finden, die herrschende Sicherheitsdiskurse infrage stellen.

Ihre fundierte Analyse des aktuellen Sicherheitsdiskurses beendet Kern mit Gedanken über eine alternative Sicherheitspolitik im internationalen Maßstab. Sie stellt dafür das Beispiel Rojava vor, wo kurdische Aktivistinnen ein Räteystem aufgebaut haben, dass auch für die Sicherheitsfragen zuständig ist.

Kern Anna, Produktion von (Un-)Sicherheit – Urbane Sicherheitsregime im Neoliberalismus, Verlag Westfälisches Dampfboot, 296 Seiten